

Sicherstellung sozialer Kohäsion durch eine zuverlässige Bildungsinfrastruktur

Das soziale Netz stärken

Die Forcierung der Erwachsenen- und Weiterbildung als „das Rezept“ im Umgang mit den rasanten Entwicklungen in Technik und Wirtschaft, mit Überalterung und sozialen Spannungen ist auf den ersten Blick überaus sinnvoll. Erwachsenenbildung ist in der Bearbeitung gesellschaftlicher Dynamiken oder individuellen Krisen nach allgemeiner Einschätzung von eminenter Bedeutung, ohne dass hier aber meist darauf hingewiesen wird, wie gegensätzlich und voraussetzungsvoll erwachsene Lernwege dabei sein können.



Autor |
Univ. Prof. Dr. Rudolf Egger,
Professor für Weiterbildung
und Lebenslanges Lernen
und Leiter des Zentrums für
Lehrkompetenz an der Karl-
Franzens-Universität Graz.
Arbeitsschwerpunkte:
Erforschung formeller und
informeller Lernwelten aus
der Sicht transformativer
Aneignungsprozesse und
Hochschuldidaktik.

rudolf.egger@uni-graz.at

Es ist einer der merkwürdigsten Widersprüche unserer Zeit, dass man in diesen Prozessen der subjektiven Ermächtigung,

Bildung immer mehr als eine standardisierte Ware versteht, die auf dem Markt der Güter- und Dienstleistungsversorgung wie ein Konsumartikel erworben werden kann. In dieser Logik gelten vor allem die Wettbewerbsregeln des Marktgeschehens, die die Beziehung von Angebot und Nachfrage bestimmen. Immer öfter kann hier aber auch gesehen werden, dass es zur Aufrechterhaltung individueller und sozialer Grundbedürfnisse anderer Mechanismen als der des Marktes bedarf. Das Problem dabei besteht allerdings darin, zu bestimmen, um welche Güter oder Dienstleistungen es sich dabei eigentlich handelt. Gehören zum Beispiel die Angebote der Erwachsenenbildung zur Grundinfrastruktur von Regionen?

Die massiven gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und demografischen Transformationsprozesse der letzten Jahre sind in Österreich bislang noch kaum in eine Diskussion bezüglich einer regional „gerechten“ Sicherstellung von Erwachsenenbildungsangeboten gemündet. Zwar gibt es eine Vielzahl von Studien über schichtspezifische und sozialökonomische Parameter zum allgemeinen Bildungszugang, aber die grundsätzliche Diskussion darüber, welche Mindestbildungsangebote in den einzelnen Regionen bestehen müssen, wird noch nicht dem Problemstatus entsprechend geführt. Sind in Österreich regionale Disparitäten hinsichtlich des Schulwesens gut dokumentiert, so sind für den Bereich der Weiterbildung Studien nur fragmentarisch verfügbar. Dies hängt zum Teil vermutlich damit zusammen,

dass, „dem dezentralen Angebot von Weiterbildungskursen nicht die Bedeutung beigemessen werden [kann], wie der regionalen Verteilung von Kindergarten- und Schulstandorten“ (Weishaupt/Böhm-Kasper 2010, S. 796). Der regionale Kontext wird umso stärker spürbar, je weniger Kapital zur Verfügung steht, denn dieser Mangel verstärkt die Erfahrung der Begrenztheit, er fesselt an einen Ort.

Rapider demografischer Wandel

In Österreich ist im ländlichen Raum (wie in allen anderen Industriestaaten auch) ein rapider demografischer und wirtschaftlicher Wandel zu beobachten, der zu rasanten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur führt. Diese Dynamiken der Individualisierung und Fragmentierung (die Kennzeichen aller modernen Dienstleistungsgesellschaften sind) haben die Bedingungen sogenannter „strukturschwacher“ Gebiete weiter verschlechtert, was sich zum Beispiel in den lokalen Infrastrukturen wie Nahversorger, Arztpraxen, Polizei oder Volksschulen ausdrückt (vgl. z. B. Wiesinger 2010, S.2, Egger/Fernandez 2014).

Dabei zeigt sich in Studien über ländliche Armut, dass diese gesellschaftlichen Entwicklungen sich nicht auf alle ländlichen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen auswirken. „Für viele, vor allem für eine gut ausgebildete, wirtschaftlich unabhängige, jugendliche und eine vorwiegend männliche Bevölkerung, sind die gegenwärtigen Entwicklungen indifferent, mitunter sogar positiv zu werten, wenn dadurch ihre individuellen Per-

spektiven verbessert werden; andere wiederum laufen Gefahr, in Armut und soziale Ausgrenzung zu geraten“ (Wiesinger 2010, S.2). Zudem treffen diese Prozesse nicht alle ländlichen Gebiete gleichermaßen (vgl. ÖROK 2009). Da sich ländliche Gebiete in ihren Entwicklungspfaden stark voneinander unterscheiden, besteht auch unterschiedlicher Handlungsbedarf. Vor allem in peripheren ländlichen Gebieten, die in keiner engen Wechselwirkung zu angrenzenden Städten stehen oder vom Intensivtourismus geprägt sind, entstehen großteils alters- und sozialhomogene Milieus, die die aktive Nachfrage nach Weiterbildung immer stärker sinken lassen.

Wenn, wie in allen strategischen Papieren (der EU oder auch der Länder), der Weiterbildung innerhalb des Prinzips des lebensbegleitenden Lernens eine wichtige Grundlage für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Raums beigemessen wird, muss einmal die empirische Basis für die Einschätzung solcher Entwicklungen vorhanden sein, um darauf aufbauend gezielte Maßnahmen ergreifen zu können. Im Jahr 2003 wurden diesbezüglich im Rahmen des Mikrozensus Daten zum lebenslangen Lernen erhoben, andererseits wurde 2007 im Rahmen der europaweit durchgeführten Erhebung des Adult Education Survey (AES) eine umfassende Erhebung zu den Lernaktivitäten und den damit verbundenen Fähigkeiten und Einstellungen der österreichischen Bevölkerung im Haupterwerbssalter durchgeführt. Zum Thema der regionalen Unterschiede wurden vorwiegend Bundesländervergleiche angestellt, beziehungsweise Unterschiede im Hinblick auf den Strukturindikator Bevölkerungsdichte herausgearbeitet. Die Hauptfrage, die sich daraus für die Entwicklung von peripheren Gebieten ergibt, ist, wie die regionale Benachteiligung einerseits sozialstrukturell rückgebunden, andererseits aus bewältigungstheoretischer Perspektive (das heißt, die gesamte Person-Umwelt-Beziehung betreffend) analysiert und gestaltet werden kann.

Sicherstellung von Grundversorgung

Vielfach ist von der Forderung nach der Implementierung einer Grundversorgung mit Bildungsangeboten, die von staatlicher Seite gewährleistet werden sollte, in diversen Memoranden und Strategiepapieren zu lesen. Wie zum Beispiel im Ende 2011 erschienenen Grund-

satzpapier „Strategie der Erwachsenenbildung/Weiterbildung im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens in der Steiermark: Leitlinien, Schwerpunkte, Visionen und Maßnahmen für die Jahre 2011 bis 2015“ ausformuliert, wird eine regional und thematisch ausgewogene Versorgung mit einem Mindestangebot im Bildungsbereich zu den Grundzielen des lebensbegleitenden Lernens und damit der Erwachsenenbildung gezählt. Dabei muss österreichweit festgehalten werden, dass es eine beachtliche Anzahl von Regionen gibt, in denen eine solche Grundversorgung nie gewährleistet war, da es dazu einerseits einer verallgemeinerbaren theoretischen und empirischen Basis ermangelte, andererseits auch keine gesetzliche Grundlage dafür in Österreich vorhanden war beziehungsweise ist.

Eine weitere Abnahme von Erwachsenenbildungsangeboten führt deshalb in den ohnehin schon benachteiligten Regionen nun zu einer nochmals verschärften Ungleichheit im regionalen Zugang zu organisierten Lernprozessen. Die damit verbundenen verringerten Weiterbildungsmöglichkeiten wirken sich verstärkend auf die individuelle regionale Entwicklung aus und können Prozesse des Identitätsverlusts, der Resignation und Abwanderung noch verstärken. Aus diesem Grund wird die Grundversorgung beziehungsweise die Regionalisierung zu den Schwerpunkten der Weiterbildungsstrategie erhoben (vgl. exemplarisch: Das Land Steiermark 2011, S. 9f.).

Auch im Projekt „Lernende Regionen“ (2012) wird die Sicherstellung einer Grundversorgung propagiert, die mithilfe von Instrumenten der Regionalentwicklung erreicht werden soll. So sollen mittels einer Bestandsaufnahme, die die Abstimmung der einzelnen Bildungsanbieter und ihrer Angebote leistet, die Programmierung einer abgestimmten, flächendeckenden regionalen Angebotslandschaft, sowie die Vermeidung von Mehrfachangeboten erfolgen. Als Vision wird eine regional und thematisch ausgewogene Versorgung mit einem Mindestangebot an Weiterbildungsmöglichkeiten festgehalten, die durch Vernetzung und Kooperation der Bildungseinrichtungen erzielt werden soll. Die theoretische beziehungsweise empirische Fundierung einer derartigen Grundversorgung ist jedoch schwierig und bisher nur bruchstückhaft betrieben worden.

Was das Funktionieren einer konkreten Infrastruktur angeht, kann diese allerdings nicht nur additiv bestimmt werden, sondern bezieht auch das soziale und

Literatur |

- Beck, U.: Ortspolygamie. In: U. Beck (Hrsg.): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung (S. 127-135). Frankfurt am Main 1997
- Das Land Steiermark: Strategie der Erwachsenenbildung/Weiterbildung im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens in der Steiermark Leitlinien, Schwerpunkte, Visionen und Maßnahmen für die Jahre 2011 bis 2015. Graz 2011
- Egger, R./Fernandez, K.: Grundversorgung Bildung. Über die Gefährdung sozialer Kohäsion durch die Ausdünnung der Weiterbildungsstruktur. Reihe: Lernweltforschung, Band 11. Wiesbaden 2014
- Egger, R.: Regionale Bildungsarbeit unter den Bedingungen von „Life Long Guidance“ im Burgenland. Graz 2014
- Lernende Regionen: Abstimmung und Optimierung regionaler Bildungsangebote. Online: <http://www.lernende-regionen.at/de/page.asp?id=25> [Stand: 2013-07-21]. 2012

Fortsetzung Literatur I

Oltmann, F.-P.: Rezension zu H.-J. Dahme & N. Wohlfahrt (Hrsg.), *Regiert das Lokale das Soziale?* Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. In: socialnet Rezensionen. Online: <http://www.socialnet.de/rezensionen/9547.php>

[Stand: 2013-07-21]. 2010 **Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK):** Neue Handlungsmöglichkeiten für periphere ländliche Räume: Stärkung sozialer Vielfalt; Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit, Gestaltung der Landschaftsvielfalt. Schriftenreihe Nr. 181, Wien 2009 **Weishaupt, H./Böhm-Kasper, O.:** Weiterbildung in der regionalen Differenzierung. In: Tippelt, R./v. Hippel, A. (Hrsg.): *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung*, S. 789-799. Wiesbaden 2009

Wiesinger, H.: Ursachen und Wirkungszusammenhänge der ländlichen Armut im Spannungsfeld des sozialen Wandels. In: http://www.berggebiete.eu/cms/dmdocuments/soziale_verhaeltnisse/artikel_wiesinger_laendliche-armut.pdf [20.02.2010]. 2010.

Weiß, W. W.: Kommunale Bildungslandschaften. Chancen, Risiken und Perspektiven. Weinheim/München 2011.

zivilgesellschaftliche Zusammenspiel zwischen den jeweiligen zur Verfügung stehenden Ressourcen innerhalb spezifischer lokaler, sozialer und individueller Entwicklungsanforderungen mit ein. In diesem Sinne bedarf es auch für bildungsspezifische Belange eines solchen „Unterbaus“ in Form von Infrastruktureinrichtungen, Organisationen, und von Ermöglichungs- und Anreizstrukturen, innerhalb derer, und durch die sich (Weiter-)Bildungsaspirationen entfalten können. Bildungshandeln und Engagement finden nicht im luftleeren lokalen und sozialen Raum statt, sondern bedürfen der unterschiedlichsten Formalisierungsgrade, die als Plattformen für Interessierte dienen können. Werden diese Infrastruktureinrichtungen und lokalen Möglichkeiten reduziert oder gar vollständig aufgelöst, fehlen deren mannigfaltigen Leistungen als Kompensations- und Kontextvariablen für regionale bildungs- und zivilgesellschaftliche Engagementsebenen (vgl. Egger 2014).

Regionen als Rahmen

Regionen sind dabei Rahmen, innerhalb derer die (Bildungs-)Biografien von Menschen und deren berufliche und soziale Einbettung geprägt werden. So unterschiedlich räumliche Einheiten hinsichtlich Größe, Form und Struktur auch sein mögen, so werden sie in der Wahrnehmung von Individuen oft als natürliche Entitäten gesehen. Der soziale (und auch der lokale) Raum arrangiert das Erleben, die Suche nach Orientierung, indem er Vorstellungswelten reproduziert, die die individuelle und soziale Einordnung bewirken. Auch trotz der Ausweitung von lokalen und sozialen Bezügen, im Sinne eines ortspolygamen Menschen (vgl. Beck 1997), bleiben die vielfältigen strukturellen und individuellen Aneignungsbedingungen höchst unterschiedlich und die regionale Grundversorgung mit Bildungsangeboten in allen Regionen wichtig.

Gerade wenn es um die Webmuster alltäglicher Lebensbewältigung geht, sollten auch jene Menschen nicht aus dem Blick geraten, die dem Muster des kreativen, reflexiven und mobilen Subjekts nicht entsprechen (können). Die Bereitstellung von quantitativ und qualitativ ausreichenden Entfaltungsmöglichkeiten unterlegen quasi wie ein Sicherheitsnetz die alltagspraktischen, sozialen und emotionalen Ressourcen. In der Auseinandersetzung mit der Umwelt und der Durchsetzung von eigenen Ansprüchen, aber auch mit den oft

widersprüchlichen Anforderungen in Beruf und Umwelt, stellen sie jene zivilgesellschaftlich bedeutsame kollektive Performanz sicher, in der die Verknüpfung von Sozialraum und individueller Lebenslage gelingen kann.

Gerade im Bereich der Bildung greifen die lokalen Grundstrukturen stark in jene sozialen Rhythmen ein, in denen sich eine Gesellschaft ihre Gestalt(en) gibt, und in der sich die Zivilgesellschaft ausbildet. Die derzeit gängige sozialräumliche Orientierung muss dementsprechend um die konstitutiven Implikationen außerhalb des Sozialraums erweitert werden, sollen soziale Klasseneffekte und Problemkonstellationen, die in einem ausgedehnten gesellschaftlichen Verursachungskomplex zu analysieren sind, mit Gebietseffekten verknüpft werden. Wird dieser Bezug zu eng geführt, so kann eine spezifische Regionalisierungsperspektive von Bildung unter der Hand als eine Strategie zur Verschleierung eines generellen Ab- und Umbaus des Bildungssektors führen, in der sich der Staat aus seiner Bildungsverantwortung in eine kleinräumige, unübersichtlich gewordenen, marktförmig organisierte Projektlandschaft flüchtet. Die Kommunen wären dann zur Herstellung einer zuverlässigen, lokalen Koordinierung des Bildungsgeschehens in Bezug auf Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik genötigt, ohne dass sie die für diese zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe notwendigen finanziellen Mittel und rechtlichen Möglichkeiten dazu besitzen. Da sie aber an den lokalen Schnittpunkten jene Überlastungsrisiken der dort lebenden Menschen unmittelbar spüren, indem Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust, soziale Segregation oder spezifische Abwanderung das soziale und infrastrukturelle Klima verändern, werden sie in die Pflicht genommen, durch eigene Anstrengungen dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Bildungsinfrastruktur erhalten

Dabei stellt sich der Kompetenzstand der Kommunen hinsichtlich der Steuerung von Bildungsprozessen ausgesprochen disparat dar. Kommunalisierung und Regionalisierung von Bildungsverantwortung kann aber nur dann zum Erfolg führen, wenn sowohl ordnungspolitische Handlungsspielräume als auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden (vgl. Oltmann 2010). In den Kommunen, aber auch im Bund muss der Fokus dabei auf die Rolle der Aufrechterhaltung einer erwachsenen-

Verlässliche regionale und soziale Ankerpunkte für Menschen vor Ort



bildnerischen Infrastruktur gelegt werden, damit kommunale Bildungslandschaften sich auf eine prinzipielle Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen und Verwirklichungschancen beziehen können. Ist dies nicht der Fall, so besteht die Gefahr einer erweiterten Auseinanderentwicklung der Bildungs- und Lebensverhältnisse und somit der Zersplitterung in allzu segregierte und (mehr als bisher schon) sozial selektive Regionen.

Notwendig ist hierfür ein Rahmenkonzept von Bund und Ländern in Bildungsfragen, das auch direkte Unterstützungs- und Interventionsmöglichkeiten beinhaltet (vgl. dazu Weiß 2011, Egger 2014). Ein solches Strukturkonzept für die Sicherstellung einer zuverlässigen Bildungsinfrastruktur vor Ort hat zu klären, auf welcher Ebene welche Entscheidungen verantwortlich getroffen und organisiert werden, um tatsächlich wirksame Unterstützungssysteme etablieren zu können. Dabei geht es nicht nur um die Schulen, sondern (im

Sinne lebensbegleitender Bildung) auch um die umfangreichen Vernetzungsstrukturen aller Bildungsangebote im Sinne eines Gemeinwesens. Dazu wären Schritte zu einer horizontalen und einer vertikalen Vernetzung von Bildungsangeboten zu setzen. Wesentliche Elemente dazu sind (vgl. Egger/Fernandez 2014):

- Die Forcierung der Sozial- und Lernraumperspektive
- Die Stärkung von Bildungsagenden in den Leitbildern der Kommunen
- Die Etablierung und Aufrechterhaltung innovativer Formen der Netzwerkbildung
- Die Entwicklung von Modellen zur Steuerung regionalorientierter Bildungspolitik
- Auf einer gesellschaftspolitischen Ebene muss es dabei gelingen, Bildungsprozesse wieder verstärkt als Träger der Bürgergesellschaft zur Aufrechterhaltung des feinen sozialen Netzes zu etablieren, in dem Menschen handeln, arbeiten und sich organisieren.